



Bundesverband
der Familienzentren

Bundesverband der Familienzentren e. V. • c/o Karl Kübel Stiftung
Darmstädter Straße 100 • 64625 Bensheim

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Rheinland-Pfalz
Frau Ministerin Eveline Lemke
Frauenlobstraße 59-61
55118 Mainz

Zeichen: af
E-Mail: a.falk@kkstiftung.de
Name: Andrea Falk
Telefon: 06251-7005-69
Telefax: 06251-7005-77
Datum: 8. Dezember 2015

Wahlprüfstein zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Frau Ministerin Lemke,

anbei sende ich Ihnen im Namen des Präsidiums des Bundesverbandes für Familienzentren e.V. den Wahlprüfstein zur Landtagswahl 2016 zu.

Der Bundesverband wird die Antworten der Spitzenkandidaten der Parteien zur Landtagswahl in der zugesandten Version auf der Homepage des Bundesverbandes veröffentlichen.

Bitte senden Sie den Wahlprüfstein bis zum **29.01.2016** an Andrea Falk (a.falk@kkstiftung.de). Weitere Informationen zur Arbeit des Bundesverbandes der Familienzentren finden Sie unter: <http://www.bundesverband-familienzentren.de/>.

Bei Rückfragen zum Wahlprüfstein oder zur Arbeit des Bundesverbandes, wenden Sie sich ebenfalls an Frau Falk.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Kobelt Neuhaus
Präsidentin

Wahlprüfstein des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.:

Der Bundesverband der Familienzentren versteht unter Familienzentren jene Einrichtungen, die in einem sozialen Umfeld passgenaue unterstützende und bildungsförderliche Angebote für Kinder und ihre Familien bereithalten, vermitteln oder bündeln. Familienzentren sind Begegnungs-, Bildungs-, Unterstützungs- und Erfahrungsorte, die an nachbarschaftliche Lebenszusammenhänge anknüpfen, die elterliche Erziehungskompetenz stärken, Selbsthilfepotentiale von Eltern und anderen an der Erziehung der Kinder beteiligten Personen aktivieren, soziale Netzwerke unterstützen und so nachhaltig die kindliche Entwicklung und das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern. (unter: <http://www.bundesverband-familienzentren.de>).

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

- 1) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Qualität und Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung?
- 2) Was planen Sie in der kommenden Legislatur, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was haben die Grünen in der vergangenen Legislatur bereits umgesetzt?
- 3) Wie möchten Sie die Fachkraft-Kind-Relation (U3- und Ü3-Bereich) in Rheinland-Pfalz senken, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?
- 4) Wie möchten die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Rheinland-Pfalz fördern?
- 5) Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion (Inklusion nach: Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993/2006) in Rheinland-Pfalz gelingend umzusetzen. Wie möchten die Grünen in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Rheinland-Pfalz – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung - weiter vorantreiben?

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

- 1) Möchte das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?
 - a) Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen würden die Grünen auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?
 - b) Wenn nein, wie möchte das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Familienfreundlichkeit in Rheinland-Pfalz fördern?

- 2) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Inwiefern sieht die SPD diese Koordinationsaufgabe bei einer Kindertageseinrichtung/ einem Familienzentrum? Werden die Grünen bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?
- 3) Sieht das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Notwendigkeit einer Änderung des Kindertagesstättengesetzes oder der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes in der kommenden Legislatur?
 - a) Wenn ja, in welcher Hinsicht?
 - b) Planen die Grünen bei einer Regierungsbeteiligung eine Ausweitung des nach §12a Kindertagesstättengesetzes gewährten Betreuungsbonus auf eine Betreuung von Flüchtlingskindern in der Verbandsgemeinde (nach Anteil an der Gesamtzahl der betreuten Kinder v.H.)?

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf:

Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn sie gelingt, so wären doch gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder wünschen sich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (siehe AID:A Survey II: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

- 1) Wie möchten die Grünen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Rheinland-Pfalz weiter verbessern?
- 2) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?
 - a) Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:
 - b) Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):
 - c) Partizipation der Eltern – Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen:
 - d) Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht des Grünen Landesverbands Rheinland-Pfalz maßgeblich sind:

IV: Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

Nach einer Expertise der Robert Bosch Stiftung (Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement) eignen sich Familienzentren besonders um eine Integration von Flüchtlingen vor Ort zu fördern. Durch die Sozialraumorientierung und dem bedarfsgerechten ganzheitlichen Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien mit Fluchterfahrung und dem Sozialraum.

- 1) Welche Rolle haben aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von Asylbewerbern in Städte und Gemeinden?
- 2) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der Grünen aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?
- 3) Welche Chancen sieht das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Flüchtlingsfamilien zu fördern?
- 4) Wie möchten die Grünen die im Rahmen ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung ausgebildeten Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter in Rheinland-Pfalz nutzen, um eine Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?
 - a) Wenn ja, was planen Sie diesbezüglich?
- 5) Wie möchten die Grünen interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?
- 6) Planen Sie eine Fort- und Weiterbildung der in den rheinland-pfälzischen Kitas eingesetzten interkulturellen Fachkräfte (nach § 2 Abs.5 Punkt 3 der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes), damit diese eine Integration von Familien mit Fluchterfahrung vor Ort unterstützen können?
- 7) Ab wann gilt aus Sicht der Grünen ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Flüchtlingskinder? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?
- 8) Wie planen Sie in der kommenden Legislatur eine Integration von Flüchtlingsfamilien vor Ort zu fördern?

V Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt trägt dann, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen ihnen stattfinden. Bislang findet eine familienbezogene Koordination der Zuständigkeiten und Angebote kaum statt.

- 1) Welche Maßnahmen plant das Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (auf Bundes- und Landesebene) zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Wahlprüfstein Bundesverband der Familienzentren

• Qualität in der frühkindlichen Bildung

1)

Wir GRÜNEN wollen mehr Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln, in welchen neben integrativen Angeboten und weiteren Aufgaben die Familienberatung und Familienbildung integriert werden soll. Durch diese Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren wollen wir einen Beitrag leisten zur Sicherung des Kinderschutzes, zur Verstärkung von Elternbildung und frühkindlicher Bildung, und wir wollen die kommunale Vernetzung von sozialen und gesundheitlichen Diensten vorantreiben. Wir sind überzeugt, dass Chancen- und Bildungsgerechtigkeit über eine frühkindliche Betreuung, Erziehung und Bildung befördert werden können, besonders wenn die Zusammenarbeit mit den Eltern alltagsnah, niederschwellig und integrativ ansetzt. Studien zeigen, wie sehr gerade Kinder sozial schwacher Familien von der Bildungsarbeit in der Kindertagesstätte profitieren.

2)

Es ist notwendig, im Bereich der Kinderbetreuung das Begonnene kontinuierlich weiterzuentwickeln und auszubauen. Dazu zählt vor allem die Sicherung eines soliden Fachkraft-Kind-Schlüssels, die Sicherung der Qualität der Fachkräfte, die Sicherung der Umsetzung guter pädagogischer Arbeit auf der Grundlage der Bildungs- und Erziehungsempfehlungen sowie der Empfehlungen zur Qualität und auch die Sicherung der Beitragsfreiheit als Grundlage für Chancengerechtigkeit. Wir GRÜNEN streben für die Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz eine vollständige Leitungsfreistellung an. Diese hat bei der Qualitätsentwicklung eine Schlüsselfunktion. Auch durch die Gründung des Institutes der Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit / Rheinland-Pfalz (IBEB) an der Hochschule Koblenz erfolgt eine Konzentration auf die Qualitätsentwicklung der Kindertageseinrichtungen. Zudem soll die Qualität der Träger in den Fokus genommen werden.

3)

Der Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung belegt, dass sich der Fachkraft-Kind-Schlüssel unter grüner Regierungsbeteiligung in RLP verbessert hat. Dennoch streben wir GRÜNEN beim Personalschlüssel weiterhin eine reale Verbesserung an, die sich an den von der Forschung empfohlenen Werten der Fachkraft-Kind-Relation orientiert. Die derzeitigen rechtlichen Grundlagen ermöglichen den Trägern der Kindertageseinrichtungen und den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, einrichtungsspezifische Merkmale bei der Personalbemessung zu berücksichtigen. Zusätzliches Personal oder entsprechende Verringerung der Gruppengrößen sind bei Aufnahme von Kindern unter drei Jahren verpflichtend. Grundsätzlich gilt: Kommen ein Träger einer Kita und der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe überein, zusätzliches Personal einzustellen, so trägt das Land stets seinen Finanzierungsanteil (i. d. R. bis zu 50%, bei interkulturellen Fachkräften bis zu 60%).

4)

Wir GRÜNEN wollen mehr Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen. Schon jetzt fördert das Land Rheinland-Pfalz elf Familienzentren mit jährlich 2.500 Euro. Dazu unterstützt das Land innovative sozialraumorientierte und einrichtungsübergreifende Projekte der Familienzentren. Die Arbeit der derzeit elf Familienzentren wird von einem Vernetzungsbüro als Kontakt- und Fachstelle begleitet, das eng mit der Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ kooperiert, die die Familieneinrichtungen (Familienbildungsstätten, Häuser der Familien, Familienzentren, Lokale Bündnisse für Familien) in Rheinland-Pfalz insgesamt unterstützt.

5)

Inklusion bedeutet für uns Vielfalt zu akzeptieren, die Unterschiedlichkeit von Begabungen und Fähigkeiten als Bereicherung anzunehmen. Wir wollen für jedes Kind personenzentriert und individuell die Stärken und Schwächen erheben, den Förder- und Unterstützungsbedarf feststellen und interdisziplinär einen Maßnahmenplan für das einzelne Kind entwickeln, der die konkreten Teilhabeziele aufzeigt. Die der Teilhabe entgegenstehenden Barrieren zu überwinden ist sowohl Aufgabe der Gruppe wie der Gesamtheit der Betreuenden: Um die bestmögliche Unterstützung sicherzustellen, muss ein Miteinander sichergestellt werden von medizinischen, pädagogischen, rehabilitativen und therapeutischen Fachpersonal.

Die Herausforderungen der Zuwanderung betreffend möchten wir an dieser Stelle auf unsere Antworten zu Fragenblock IV verweisen.

**• Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen
Zu 1 a) und b) und 2)**

Ja, eine zusätzliche Förderung von Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, halten wir für sinnvoll. In welchem Umfang über eine Erhöhung der Anzahl von Familienzentren hinaus auch eine verbesserte personelle und finanzielle Förderung jedes einzelnen Familienzentrums möglich ist, muss im Rahmen einer Regierungsbildung verhandelt werden und ist stets vor dem Hintergrund der Abbildung im Landeshaushalt zu beurteilen.

Wir GRÜNEN wollen weiter daran arbeiten, Rheinland-Pfalz zum Familienland zu machen. Familie ist für uns GRÜNE überall da, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen – ob in klassischer Ehe mit oder ohne Kinder, alleinerziehend, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Sie alle wollen wir schützen und zu fördern. Dies gilt insbesondere für kinderreiche Familien und Alleinerziehende, denn sie sind besonders oft von Armut betroffen. Dabei wollen wir den Rahmen so setzen, dass Familien in all ihren Facetten die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um ihren selbstgewählten Lebensentwurf frei gestalten zu können. Wir wollen keine Rollenmodelle vorschreiben, sondern Rahmenbedingungen schaffen, welche Selbstbestimmung möglich machen, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und nicht zuletzt den Lebensunterhalt langfristig sichern. Zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Familieneinrichtungen haben wir in dieser Legislaturperiode zwei wichtige Stützpfeiler geschaffen: Die Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ und das Landesprogramm „Familienbildung im

Netzwerk“. Letzteres ist Teil des Gesamtprogramms Kita!Plus und hat das Ziel, Jugendämter als strategische Zentren der Kinder- und Jugendhilfe bei ihrer Aufgabe zu unterstützen, Familienbildung zu planen, zu steuern und in Zusammenarbeit mit freien Trägern sozialraumorientiert an den Orten anzubieten, an denen sich Familien im Alltag aufhalten. Beides soll im bisherigen Umfang fortgeführt werden.

Zu 3)

Ja.

Zu 3a)

Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode das Kindertagesstättengesetz novellieren. Dabei stehen neben Aspekten der Qualitätssicherung die bedarfsgerechte Ausdehnung der Öffnungszeiten der Kitas auf die Randstunden und die Inklusion in Kitas weiter im Fokus.

Zu 3 b)

Nein, eine solche Regelung ist nicht geplant, da der Betreuungsbonus nicht danach unterscheidet, welche Kinder betreut werden.

• Vereinbarkeit Familie und Beruf

Zu 1) und 2a), b), c) und d):

Wir GRÜNEN setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit in allen Lebensphasen ein.

Dafür braucht es mehr als nur gute Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Wir wollen uns dafür stark machen, dass der Staat durch eine familien- und zeitgerechte Politik die Bedingungen dafür schafft, dass die Vereinbarkeit Schritt hält mit den sich wandelnden Lebensphasen der Familienmitglieder. In diesem Sinne ist die aktive Förderung einer familienbewussten Arbeitswelt seit langem ein Schwerpunkt der Familienpolitik der Landesregierung. Lebensperspektiven, gesellschaftliche Teilhabe, Wohlstand und die soziale Sicherung von Familien entscheiden sich vor allem auf dem Arbeitsmarkt, und die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentraler Faktor, um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir die Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten ausbauen, hier gibt es einen hohen Bedarf. Auch für eine alleinerziehende Mutter im Schichtdienst muss es die Möglichkeit einer kindgerechten, qualitativ hochwertigen Betreuung geben. Betreuungskonzepte müssen auf Randzeitenbetreuung am Abend und in der Nacht weiterentwickelt werden. In einem ersten Schritt wollen wir erreichen, dass die Betreuungszeit an die Bedarfe vor Ort angepasst wird – durch einen Ausbau des verlängerten Vormittagsangebots bis 14 Uhr sowie durch einen Ausbau von Ganztagsplätzen.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Kindertagesstätten wollen wir die Elternbeteiligung auch auf kommunaler Ebene fördern und die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern bei der Alltagsgestaltung je nach Entwicklungsstand sicherstellen.

Zur Vereinbarkeitsfrage gehört das Recht, familienbedingt auf eine Teilzeitstelle reduzieren zu können ebenso wie der Rechtsanspruch auf Rückkehr auf eine volle Stelle. Wir wollen auch bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds das Recht auf Reduzierung der Arbeitszeit stärken. Dazu streben wir einen

umfassenden Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit an. Fragen der sogenannten Zeitpolitik beschäftigen viele Menschen und betreffen zahlreiche Lebensbereiche. Wir GRÜNEN wollen eine Debatte darüber anstoßen, wie wir die Fürsorgearbeit, die in unserer Gesellschaft geleistet wird, solidarisch absichern. Wir wollen Lohnarbeit und Fürsorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen, mehr Mitbestimmung über die Arbeitszeitgestaltung für alle Berufstätigen sowie eine stärkere Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wahl ihres Arbeitszeitvolumens.

• **Zu 1) und 2)**

Integration braucht Begegnung. Gleichzeitig benötigen Kinder mit Fluchterfahrung dringend ein Stück „Normalität“ und Raum für ihr Kind-Sein. Das können Kitas wie Familienzentren herstellen. Sie sind in besonderer Weise Orte, in denen sich Kinder und Erwachsene unterschiedlicher sozialer Herkunft, Nationalität, Kultur und Religion unbefangen begegnen können. Die Offenheit für und die Achtung vor anderen Kulturen werden gelebt und die eigene kulturelle und religiöse Identität gewahrt. Familienzentren, die ihrem Selbstverständnis nach die Öffnung in den Sozialraum hinein leben und zu Orten der Begegnung für die ganze Familie werden, können für die Integration eine wichtige Rolle spielen. Gerade ihre Orientierung über das einzelne Kind hinaus ist unserer Ansicht nach sehr gut geeignet, Kindern und Erwachsenen mit Fluchterfahrung alltagsgerechte und niederschwellige Begegnung und Kontakte zu ermöglichen. In den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen des Landes ist mit Blick auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund neben dem Bereich „Interkulturelles und Interreligiöses Lernen“ vor allem auch der Bildungsbereich „Sprache“ ein zentraler Baustein. Sprachförderung beginnt bereits beim Eintritt eines Kindes in die Einrichtung und wird als zentrale und dauerhafte Aufgabe während der gesamten Kindergartenzeit verstanden. Diese alltagsintegrierte sprachliche Bildung wird in RLP seit 2006 mit zusätzlichen Sprachförderangeboten ergänzt. Eine ausreichende Finanzierung in diesem Bereich ist für eine gelingende Integration unabdingbar. Wir GRÜNEN wollen Tageseinrichtungen für Kinder darin unterstützen, sich zu Orten weiterzuentwickeln, an denen jedes Kind mit seinen individuellen Bedürfnissen im Fokus steht. Dabei wird ein weites Verständnis von Inklusion im Blick behalten, das berücksichtigt, dass zur Identität von Kindern immer mehrere soziale Gruppenzugehörigkeiten gleichzeitig gehören. Im Rahmen einer individuellen pädagogischen Planung wird Heterogenität wertgeschätzt und Inklusion angestrebt. Das Verständnis von Inklusion setzt intensive Zusammenarbeit mit Familien voraus. So weisen die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen explizit darauf hin, dass die Vernetzung von Kindertagesstätten in das Gemeinwesen hinein notwendig ist.

Zu 3) und 4)

Hier verweisen wir auf die bereits zu vorausgehenden Fragen gegebenen Antworten.

Zu 5) und 6)

Unser Ziel ist es, Kindern mit Migrationshintergrund für ihren Lebensweg gleiche Chancen wie Kindern aus deutschen Familien zu geben.

Kinderbetreuungseinrichtungen haben nach § 2 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes (LVO) bei einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in der Einrichtung die Möglichkeit, mit Zustimmung des Jugendamtes sogenannte Interkulturelle Fachkräfte einzusetzen. Das Land fördert diesen Einsatz von zusätzlichen Fachkräften für interkulturelle Arbeit mit bis zu 60% der Personalkosten. Die Interkulturellen Fachkräfte haben die Aufgabe, Kinder mit Migrationshintergrund im Kindergartenalltag intensiv zu begleiten - im Hinblick auf ihre Integration, auf die Förderung der deutschen aber auch der Muttersprache und die intensive Zusammenarbeit mit den Eltern.. Interkulturelle Fachkräfte absolvieren ein 6-tägiges Fortbildungsangebot, das sie auf die Arbeit in den Einrichtungen vorbereitet. Auch für das reguläre Fachpersonal in Kitas gibt es zahlreiche Fortbildungsmöglichkeiten. SPFZ, IPE und ILF haben ein entsprechendes Fortbildungsformat entwickelt in Form von eintägigen Großveranstaltungen mit jeweils ca. 100 Personen, welche Aufklärung über rechtliche Fragen (Asylverfahren, Abläufe etc.), zur Lebenssituation der Kinder und ihrer Familien sowie zur Organisation in der Kita anbieten.

Zu 7)

Für Kinder aus Flüchtlingsfamilien besteht nach § 24 SGB VIII ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, wenn die Voraussetzung nach § 6 Abs. 2 des „gewöhnlichen Aufenthalts“ gegeben ist. Davon geht man regelmäßig dann aus, wenn Asylsuchende in das landesinterne Verteilungsverfahren kommen. Dann verlassen sie die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und werden einer Kommune für die Dauer der Durchführung des Asylverfahrens zugewiesen. Das heißt, in dem Moment, in dem die Flüchtlingsfamilien einer Gemeinde zugewiesen sind, gilt für ihre Kinder derselbe Rechtsanspruch wie für alle anderen rheinland-pfälzischen Kinder auch. In Rheinland-Pfalz besteht ein individueller Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit einer Vor- und Nachmittagsbetreuung ab vollendetem 2. Lebensjahr. Seit dem 1. August 2013 besteht ein bundesweiter Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr in den Kindertagesstätten oder in der Kindertagespflege. In Rheinland-Pfalz ist der Besuch des Kindergartens beitragsfrei.

Zu 8)

Wir sind in Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg, wir haben in Kita und Schule gute Voraussetzungen für die Integration von Kindern mit Fluchterfahrung geschaffen. Kinder brauchen verlässliche Strukturen und die Zuversicht ihrer Eltern, deshalb machen wir uns für ein Integrationsgesetz stark, das ein Recht auf Integration schafft und die Menschen über ihre Rechte aufklärt. Die Integrationsarbeit in den Kommunen wollen wir vorantreiben, indem wir schnellstmöglich in jedem Landkreis und jeder Kreisfreien Stadt in Rheinland-Pfalz ein Integrationscenter schaffen - damit Flüchtlinge, Helferinnen und Helfer, Wohlfahrtsverbände, Unternehmen und Initiativen unter staatlicher Aufsicht über beste Integrationsmaßnahmen vor Ort entscheiden können. In diesen Centern wollen wir hauptamtliche Integrationslotsen bereitstellen, welche die zahlreichen Ehrenamtlichen beraten und sie vermitteln können.

- **Zu 1)**

Familien, deren Kinder besondere Bedarfe haben, haben Anspruch auf Leistungen unterschiedlicher Sozialleistungsträger. Vielfach wurde festgestellt, dass Kindern und ihren Familien deshalb notwendige Leistungen entgehen. Dies gilt für pädagogische, medizinische und therapeutische Angebote ebenso wie für Pflege und Assistenz. Wir GRÜNEN sind für Hilfen aus einer Hand und deshalb für die Große Lösung, die Zusammenführung aller Leistungsansprüche von Kindern mit Beeinträchtigungen im Rahmen des SGB VIII. Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung ist auch in der Tageseinrichtung keine rein pädagogische Aufgabe, sondern muss interdisziplinär angegangen werden, in einem Miteinander von medizinischem, pädagogischem, therapeutischem und psychosozialen Fachpersonal.